
NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 4

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen am 15.12.2008

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Jens Hebebrand
Wolfgang Kerak
Hans-Jörg Piasecki
Theodor Rieke
Walter Teumert
Wolfgang Barrenbrügge
Günter Bremerich
Jörg-Uwe Ebner
Wilhelm Jasperneite
Helmut Krause
Hanne-Luise Schacht
Ursula Sopora
Hubert Zumbusch
Herbert Goldmann
Andrea Hosang
Michael Klostermann
Ursula Lindstedt
Bernd Engelhardt
Manuela Veit
Hildegard Rüwald

Mitglieder ohne Stimmberechtigung

Udo Gabriel

Von der Verwaltung

Herr Kreisdirektor Stratmann, Dez.I
Herr Appel, L FD 10
Frau Rauert, PK
Herr Vertgewall, Schriftführer

Gäste und Zuhörer/innen

Frau Niemann, KTA
Herr Sieger, KTA
Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion
Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion
Ein Vertreter der örtlichen Presse

Herr Barrenbrügge begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Ihm liege ein schriftlicher Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vor, so der Vorsitzende, den Tagesordnungspunkt 6 (Vorlage Nr. 165/08) aufgrund eines noch bestehenden Informationsbedarfs von der Tagesordnung abzusetzen. Die SPD-Kreistagsfraktion werde dem Anliegen zustimmen, so Herr Kerak, bitte jedoch darum, spätestens in der Sitzung des Kreistages am 27.01.2009 darüber zu beraten und zu beschließen. Hiermit erklärt sich Herr Klostermann einverstanden. Die Ausschussmitglieder stimmen dem Antrag der FDP-Fraktion einstimmig zu. Die Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend. Weitere Änderungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass dann wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

175/08

Beteiligungsbericht 2008

Punkt 2

160/08

Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2008

Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen

Punkt 3

174/08

Finanzanlage zur Sicherung der Nachsorgeverpflichtung für die Zentraldeponie Fröndenberg

Punkt 4

180/08

Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2009

Punkt 5

176/08

Einwendungen gegen die Festsetzung der Landschaftsumlage

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

175/08

Beteiligungsbericht 2008

Erörterung

Herr Kreisdirektor Stratmann weist eingangs noch einmal kurz darauf hin, dass der Beteiligungsbericht der Vorlage als Anlage beigefügt gewesen sei. Dieser gebe aus seiner Sicht eine ausführliche und deutliche Übersicht der Beteiligungen und Verbindungen des Kreises Unna. Auch die Veränderungen habe man detailliert und anschaulich in das Gesamtwerk eingebunden. Im Rahmen des künftig zu erstellenden Konzernabschlusses werde man dann eine noch weiter verbesserte Darstellung erreichen können.

Auch unter Betrachtung des NKF sei der Bericht noch informativer als dieses bereits in den Vorjahren der Fall gewesen sei. Hierfür wolle man der Verwaltung danken, so die kurze Anmerkung von Herrn Kerak.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen nimmt den Beteiligungsbericht 2008 zur Kenntnis.

Punkt 2

160/08

Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2008

Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen

Erörterung

Auch den Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2008 habe man anhand der Vorlage Nr. 160/08 ausführlich dargestellt, so Herr Kreisdirektor Stratmann. Bereits zum Stichtag 30.06.2008 sei erkennbar gewesen, dass es zum Jahresende voraussichtlich auf ein Defizit in Höhe von etwa 4,7 Mio. Euro hinauslaufen werde. Aufgrund dessen habe man umgehend eine Haushaltssperre verhängt. Dadurch könne nun ein Betrag von etwa 1,45 Mio. Euro eingespart werden. Bekanntlich habe der Kreistag in der letzten Sitzung am 23.09.2008 zudem eine Einsparliste verabschiedet. Unter Betrachtung beider Maßnahmen werde man zum Jahresende mit einem Defizit von rd. 2,3 Mio. Euro abschließen.

Der Grund hierfür liege im Wesentlichen in den Mehrausgaben im Sozialbudget. Durch die Änderungen des Wohngeldentlastungsgesetzes seien deutlich weniger Mittel zugewiesen worden als man im Vorfeld habe

erwarten können. Da man den Verteilungsmaßstab nicht für rechtens halte, habe man gemeinsam mit 10 weiteren Kommunen und Kreisen Klage vor dem Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen eingereicht. Wenngleich man von der Begründetheit der Klage ausgehe, sei derzeit natürlich noch keine Aussage zum Verfahren oder zu evtl. Erfolgsaussichten zu treffen. Neben den Minderzuweisungen seien es insbesondere die Kosten der Unterkunft, die dem Kreishaushalt zu schaffen machen würden, so der Kämmerer weiter. Leider habe man selber keinen Einfluss auf die entscheidenden Faktoren. Von angeblich positiven Entwicklungen auf Bundesebene profitiere man im Kreis Unna insofern nicht, als dass die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften auf einem relativ konstant hohem Niveau geblieben sei. Der Bund aber reduziere seine Beteiligung an den Unterkunftskosten weiter. Allein für den Kreis Unna bedeute dieses für 2009 zusätzlich 2,3 Mio. Euro weniger. Dieses könne man auch durch Sparmaßnahmen nicht kompensieren. Im laufenden Jahr habe sich zudem die Regelsatzerhöhung zum 01.07.2008 deutlich auf den Kreishaushalt ausgewirkt. Insbesondere aufgrund dieser Punkte sei auch die Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben notwendig.

Der Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2008 wird vom Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen zur Kenntnis genommen. Darüber hinaus wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgende Beschlussfassung vorzuschlagen:

Den überplanmäßigen Aufwendungen im Budget 50 – Arbeit und Soziales – in Höhe von insgesamt 1.968.000 € wird gemäß § 83 GO NW i. V. m. § 26 Abs. 1 Ziff. g) KrO NW und § 10 Ziff. 5 der Haushaltssatzung 2008 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 3

174/08

Finanzanlage zur Sicherung der Nachsorgeverpflichtung für die Zentraldeponie Fröndenberg

Erörterung

Herr Appel geht ausführlich auf die Sitzungsvorlage Nr. 174/08 ein. Im Rahmen der Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement sei es wichtig und notwendig, den Sachverhalt bilanziell richtig abzubilden. Bereits in der letzten Ausschusssitzung sei darauf hingewiesen worden, dass man derzeit an der ein oder anderen Stelle noch ein bilanzielles Problem habe. Konkret wolle er an dieser Stelle aber nur auf die zu vereinbarenden Ziele hinsichtlich der weiteren Finanzierung eingehen. So sei beabsichtigt, das vorhandene Geld bei der Sparkasse Unna anzulegen. Zwar könne man möglicherweise woanders etwas bessere Konditionen erzielen; im Vordergrund stehe jedoch die Sicherheit der Geldanlage. Zudem sei man an der Sparkasse Unna beteiligt und arbeite auch in anderen Bereichen sehr gut und eng mit dem Institut

zusammen. Am Ende solle dann dabei herauskommen, dass die Sparkasse dem Kreis einen Sparkassenbrief mit Angabe der entsprechenden Konditionen ausstellt. Dieser unterliege dem Einlagensicherungsfonds und sei dadurch entsprechend abgesichert. Ab 2016 stehe dann für die Dauer von 30 Jahren die Übernahme der Nachsorge- und Überwachungsverpflichtungen an. Dann solle auch das Geld wieder zur Verfügung stehen. Am 12.12.2008 habe das letzte Gespräch mit der Sparkasse Unna stattgefunden. Möglicherweise seien sogar noch bessere Konditionen als die in der Vorlage beispielhaft genannten 4,2 Prozentpunkte zu erzielen.

Beschluss

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgende Beschlussfassung vorzuschlagen:

1. Die dem Kreis Unna im Jahre 1998 von der Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhrgebiet mbH – AGR – übertragenen Rückstellungen zur Übernahme der Nachsorgeverpflichtungen für die Deponie Fröndenberg-Ostbüren ab dem Jahre 2016 werden bis dahin am Kapitalmarkt zinsbringend angelegt.
2. Einer sicheren Geldanlage ist dabei Vorrang einzuräumen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Finanzanlage bei der Sparkasse Unna zu realisieren. Sie wird ermächtigt, die entsprechenden Verhandlungen zu führen und Verträge abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 4

180/08

Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2009

Erörterung

Herr Kreisdirektor Stratmann erklärt, dass zwischenzeitlich die Ergebnisse der zweiten Proberechnung vorliegen würden und dadurch die Angaben in der Sitzungsvorlage nicht mehr ganz aktuell seien. So gehe er derzeit davon aus, dass sich das Saldo für 2009 aufgrund höherer Zuweisungen von rd. 1,4 Mio. Euro auf etwa 5 Mio. Euro reduzieren werde. Hinsichtlich der zunächst beabsichtigten Erhöhung des Hebesatzes um 1,365 von Hundert bedeute dieses voraussichtlich eine Senkung um 0,3 Punkte auf 1,065 v. H. Hinweisen wolle er an dieser Stelle auch darauf, dass den Städten und Gemeinden eigentlich mehr Geld zur Verfügung gestanden hätte, ein Teil der GFG-Mittel vom Land jedoch in eine Schul- und Bildungspauschale gesteckt worden sei. In seiner morgigen Haushaltsrede im Kreistag werde er hierauf und auf weitere Punkte noch genauer eingehen, so der Kämmerer zum Abschluss seines kurzen Berichts.

Herr Goldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) weist auf die möglichen Auswirkungen der Landschaftsverbandsumlage auf den Kreishaushalt hin. In dem Zusammenhang stelle sich für ihn die Frage,

welche Folgerungen die Verwaltung hieraus ziehe.

Die Kreisverwaltung gehe grundsätzlich davon aus, so Herr Stratmann, dass eine Erhöhung der LWL-Umlage nicht nötig sei. In den LWL-Haushalt sei eine Erhöhung von 1,2 %-Punkten eingerechnet worden. Dieses würde für den Kreis Unna Mehraufwendungen von etwa 6 Mio. Euro bedeuten. Dieser Betrag finde im Kreishaushalt keine Berücksichtigung, da man die Ansicht vertrete, dass die höheren Aufwendungen des Verbandes anderweitig gedeckt werden könnten. Aktuell gebe es nun Signale, wonach sich die Fraktionen von CDU und SPD in der Landschaftsverbandsversammlung auf eine Erhöhung der Umlage um 0,6 v. H. verständigt hätten. Dieses würde für den Kreis Unna dann ein finanzielles Risiko von rd. 3 Mio. Euro bedeuten. Ausschlaggebend werde die Entscheidung der Verbandsversammlung am 28.02.2009 sein.

Herr Jasperneite erinnert daran, dass der Bürgermeister der Stadt Schwerte auch einmal Einwendungen gegen die Festsetzung der Kreisumlage gemacht habe und dieses seinerzeit für großes Unverständnis gesorgt habe. Nun erhebe der Kreis Unna selber Einwendungen gegen eine solche Festsetzung. Unabhängig davon werde die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag folgen, da man auch davon ausgehe, dass es beim LWL andere Finanzierungsmöglichkeiten gebe. Irgendwann sei aber auch dort das Ende der Fahnenstange erreicht. Spätestens dann sei es von vorrangiger Bedeutung, sich grundsätzlich über künftige Strukturen der Finanzierung der Sozialleistungen in Westfalen-Lippe Gedanken zu machen.

Herr Kreisdirektor Stratmann teilt auf konkrete Nachfrage von Herrn Jasperneite mit, dass man bereits mit anderen Kreisen und Städten gesprochen habe und es diesbezüglich rege Aktivitäten gebe, wenngleich man selber natürlich wenig Einfluss auf deren Verfahrensweisen habe. Darüber hinaus gebe es auch Gespräche mit weiteren Vertretern der Landschaftsverbandsversammlung, in denen die Beweggründe des Kreises Unna und natürlich Alternativen aufgezeigt worden seien. Rechtsmittel werde er sich vorbehalten, so der Kämmerer weiter. Fakt sei, dass eine Umlageerhöhung – egal in welcher Höhe – aufgrund fehlender Kompensationsmöglichkeiten an die Kommunen weitergegeben werden müsse. Daher müsse alles getan werden, um eine Umlageerhöhung zu verhindern. Sollte es nach der Verabschiedung des Kreishaushaltes zu einer Erhöhung der Verbandsumlage kommen, könne diese nur durch einen Nachtragshaushalt oder eine entsprechende Auflage der Aufsichtsbehörde im Rahmen des Genehmigungsverfahrens aufgefangen werden.

Aufgrund der engen Verbindung zum Tagesordnungspunkt 5 beendet Herr Barrenbrügge an diese Stelle die Diskussion zum Thema „Haushalt 2009“.

Punkt 5

176/08

Einwendungen gegen die Festsetzung der Landschaftsumlage

Erörterung

Herr Kreisdirektor Stratmann und Herr Appel gehen zu Beginn der Erörterung ausführlich auf eine Nachfrage von Herrn Klostermann ein.

In vielen Bereichen im Ruhrgebiet gebe es aufgrund der geplanten Erhöhung der Landschaftsverbandsumlage großes Unverständnis, da dadurch die extrem schwierige Situation der Kommunen in dieser Region verkannt werde, so Herr Kerak. Aus seiner Sicht sei die nun beabsichtigte Halbierung der Umlageerhöhung auf 0,6 %-Punkte eine erste Auswirkung der Proteste. Hier müsse man nun am Ball bleiben.

Nicht ganz nachvollziehen könne er die Aussage über die Ausweitung des Stellenplanes des LWL um rd. 60 Planstellen, wie sie in der Vorlage getroffen worden sei, so die Anmerkung von Herrn Jasperneite. Dieses stimme in der Form ja nicht, da lediglich eine Eingliederung von bereits vorhandenem Personal in den Stellenplan erfolgt sei.

Es mag durchaus sein, dass diese Mitarbeiter schon im Dienst des LWL gestanden hätten. Fakt sei jedoch, dass nun 60 Stellen mehr im Stellenplan ausgewiesen seien. Von den Kreisen und Städten werde regelmäßig verlangt, Stellen einzusparen und Stellenneueinrichtungen entsprechend zu kompensieren. Dieses sollte bei einem so großen Verband dann doch auch möglich sein, so die Anmerkung von Herrn Appel zum Abschluss der Diskussion.

Beschluss

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgende Beschlussfassung vorzuschlagen:

Der Kreis Unna erhebt gegen eine Erhöhung des Hebesatzes der Landschaftsumlage gem. § 22 Absatz 4 Landschaftsverbandsordnung in Verbindung mit § 55 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen formell Einwendungen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nebentätigkeiten von Bediensteten der Kreisverwaltung Unna

- Anfrage von Herrn Krause -

Herr Krause merkt an, dass es seinerzeit eine Anfrage von Herrn Barrenbrügge zu Nebentätigkeiten von Bediensteten der Kreisverwaltung Unna gegeben habe, die zwischenzeitlich auch beantwortet worden sei. Das Ergebnis stelle ihn aber nicht so ganz zufrieden und er bitte darum, soweit dieses im öffentlichen Teil der Sitzung möglich sei, hierauf noch einmal näher einzugehen. Herr Kreisdirektor Stratmann teilt mit, dass es zu dem Thema bald eine weitere Antwort geben werde.

Weitere Mitteilungen oder Anfragen ergeben sich nicht.

Ende der Sitzung 16.35 Uhr

Barrenbrügge

Vorsitzender

Vertgewall

Schriftführer